

*Renate Kamleithner*

Die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine europäische Erfolgsgeschichte. Ohne EU wäre Österreich in Gleichstellungsfragen nicht so weit, wie es heute ist.

Die Folgen der europäischen Wirtschaftspolitik für Frauen behindern aber gerade diese positiven Impulse, die durch die EU-Gleichstellungspolitik gesetzt werden, da Frauen von den Auswirkungen der Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik viel weitreichender betroffen sind als Männer. Diese führte etwa am Arbeitsmarkt zu massiver Erosion von Normalarbeitsverhältnissen und verstärkter geschlechtlicher Segregation. Der Arbeitsmarkt zerfällt zunehmend in einen männlich dominierten Kernarbeitsmarkt und einen weiblichen marginalisierten Arbeitsmarkt, in dem „atypische“ Arbeitsverhältnisse wie Teilzeitarbeit, geringfügige und befristete Beschäftigungen oder Scheinselbstständigkeit, hohe Arbeitsplatzunsicherheit, niedrige Löhne, fehlende Aufstiegschancen, schlechte Arbeitsbedingungen und mangelnde soziale Sicherheit vorherrschen.

Die derzeitigen budgetpolitischen Vorgaben, die deutlich negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum zeigen, könnten nur sehr schwer durch sozialpolitische Maßnahmen aufgefangen werden. Dringend geboten ist daher ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel, der dem Staat wieder mehr Handlungsspielraum einräumt und damit unter anderem gleichstellungspolitischen Fragestellungen wieder mehr Gewicht eingeräumt werden kann.

Die Machtzentren in europäischen Entscheidungsprozessen können im Wesentlichen auf drei Ebenen identifiziert werden, an denen Frauen nur sehr eingeschränkt teilhaben.